

**Zuarbeit für die Mitglieder des Hauptausschusses**  
**Information zum vorläufigen Ergebnis der Haushaltsrechnung 2009**

Die am 8.12.2008, 23.03.2009 und 13.07.2009 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wies im Verwaltungshaushalt ein Defizit von 79,9 Mio. € aus, darin enthalten ist ein Teil des Altfehlbetrages in Höhe von 57,7 Mio. €. Jahresbezogen ergibt dies einen Fehlbedarf in Höhe von 22,2 Mio. €.

Mit Erlass vom 7. August 2009 hat das Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde den Haushaltsbeschluss teilweise beanstandet und die Landeshauptstadt aufgefordert, den Verwaltungshaushalt neu zu beschließen und dabei das jahresbezogene Defizit auf 15,0 Mio. € zu begrenzen. Zudem deuteten sich insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer erhebliche Einnahmeausfälle (rd. 5 Mio. €) an. Vor diesem Hintergrund erließ die Oberbürgermeisterin eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 27 GemHVO für alle Ausgabehaushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes. Im Verwaltungshaushalt durften Ausgaben nur geleistet werden, zu deren Leistung eine gesetzliche oder bei Beginn des Haushaltsjahres vertragliche Verpflichtung bestand oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren. Diese pauschale Sperre ist nach Beschluss der Stadtvertretung vom 19.10.2009 in eine haushaltsstellenkonkrete Sperre umgewandelt worden. Das ausgewiesene Volumen an Ausgabereduzierungen betrug 2,1 Mio. €.

Das vorläufige Ergebnis der Haushaltsrechnung 2009 stellt sich für den Verwaltungshaushalt wie folgt dar:

	Vorläufiges Ergebnis	Haushaltsplan	Abweichung
Einnahmen	217.466.693 €	220.047.500 €	-2.580,8 Mio. €
Ausgaben	292.592.493 €	300.033.400 €	-7.440,9 Mio. €
Saldo	-75.125.800 €	-79.985.900 €	-4.860,1 Mio. €

Zusammenfassend ergibt sich für den Haushalt 2009 ein voraussichtliches Ergebnis von -75,1 Mio. €. Der jahresbezogene Fehlbetrag beträgt damit rd. 17,4 Mio. €. Er fällt gegenüber dem Haushaltsplanansatz von rd. 22,2 Mio. € um rd. 4,8 Mio. € niedriger aus. Damit konnten sowohl die noch nicht im Haushalt berücksichtigten Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes in Höhe von 0,9 Mio. € als auch das Volumen der haushaltswirtschaftlichen Sperre von rd. 2,1 Mio. € vollständig ergebniswirksam umgesetzt werden. Das Ergebnis ist ungeachtet der unterjährigen Veränderungen auf eine äußerst stringente Bewirtschaftung des Haushaltes im Rahmen der Budgetierung zurückzuführen.

Allerdings wird das Jahresergebnis von einer Reihe von Sonderfaktoren, die überwiegend einmaligen Charakter haben, bestimmt.

Im vorgenannten voraussichtlichen Ergebnis ist die Überprüfung und Bereinigung der Kasseneinnahmereste berücksichtigt. Dabei sind einerseits die bereits in Vorjahren abgeschriebene Reste (gegenwärtig noch rd. 8,0 Mio. € offen) bereinigt worden. Nach Überprüfung der neuen Reste des Haushaltsjahres 2009 und aufgrund vorliegender Erkenntnisse werden mit dem Jahresabschluss 2009 weitere 2,5 Mio. € pauschal bereinigt.

Im Haushaltsjahr 2009 waren eine Reihe von Abweichungen gegenüber den Planansätzen zu verzeichnen. So sind die Einnahmen mit nur rd. 2,6 Mio. € hinter der Planung zurückgeblieben, obwohl es im Bereich der Gewerbesteuer zu erheblichen Einbußen kam. Wesentliche Abweichungen (vor Restebereinigung) waren:

- die Gewerbesteuer	-4,9 Mio. €,
- der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	+0,7 Mio. €,
- Schlüsselzuweisungen zum zusätzl. Abbau von Altfehlbeträgen	+0,5 Mio. €,

- Zuweisungen vom Land für Kita	+0,3 Mio. €
- die Grundsteuer B	-0,6 Mio. €
- die Erstattung des Landes für Kosten der Unterkunft	-0,3 Mio. €
- Baugenehmigungen	+0,4 Mio. €
- Bußgelder Straßenverkehrsbereich	+0,8 Mio. €
- Erstattung ZGM aus Betriebskostenabrechnung (netto)	+0,2 Mio. €

Bei den Ausgaben sind 7,3 Mio. € nicht in Anspruch genommen worden. Dies ist überwiegend mit der langen Zeit der vorläufigen Haushaltsführung und der Sperre in Höhe von 2,1 Mio. € sowie der ganzjährig äußerst günstigen Zinsentwicklung zu begründen. Hinzu kommen 0,4 Mio. € nicht zu finanzierende Gewerbesteuerumlage als unmittelbare Folge der Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer.

Bei den Zinsen und der Zuführung zum Vermögenshaushalt (ordentliche Tilgung) sind 5,3 Mio. € nicht benötigt worden. Die Haushaltsplanung für Kassenkreditzinsen ging noch von Zinssätzen i. H. v. etwa 4 % aus. Die Ausgaben für Kassenkreditzinsen haben sich infolge der Finanzkrise und der Interventionen der Zentralbanken dann aber dramatisch reduziert. Schrittweise und durch Umstellung auf tägliche Eindeckung konnte der Sollzinssatz deutlich reduziert werden. Die Minderausgaben bedeuten jedoch durch das insgesamt weiter ansteigende kreditfinanzierte Haushaltsdefizit keine strukturelle Verbesserung für den Haushalt.

Weitere 0,9 Mio. € sind bei den Kosten der Unterkunft, bedingt durch den Rückgang von Bedarfsgemeinschaften, nicht in Anspruch genommen worden.

Bei den Personalkosten sind 0,7 Mio. € weniger ausgegeben worden. Das resultiert vorrangig aus der Nichtbesetzung der geplanten Vakanzen, Langzeiterkrankungen von durchschnittlich 23 Beschäftigten, wovon aber 15 bei der Planung pauschal berücksichtigt waren, 9 natürliche Abgänge und 11 Beschäftigte / Beamte befanden sich in Elternzeit. Weitere Gründe sind der geringere Abschluss bei der Besoldungsanpassung, geringere Ausgaben bei der Heilfürsorge gegenüber dem Vorjahr und ab 01.07.2009 wurden die Krankenversicherungsbeiträge um 0,3 % gesenkt.

Eingliederung von Arbeitssuchenden -0,6 Mio. €

Bei der Planung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege blieb unbeachtet, dass von den Bruttoausgaben, die Ausgaben nach Kapitel IV abzusetzen sind, da diese im UA 41500 separat geplant werden. Damit wurden ca. 0,6 T€ mehr veranschlagt.

Sozialhilfe -0,3 Mio. €

Heilpädagogische Leistungen für Kinder (teilstationär) - hier wurde die Kapazitätsauslastung nicht erreicht (Sprachheilkindergarten).

Grundsicherung -0,8 Mio. €

Rückgang von Fallzahlen im Grundsicherungsbereich bei den Kontingentflüchtlingen.

Für Leistungen der Jugendhilfe sind 1,7 Mio. € mehr verausgabt worden als geplant. Die Ausgaben wurden benötigt, um bestehende Rechtsansprüche (§§ 27 ff SGB VIII) auf Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) realisieren zu können.

Anstieg der Inanspruchnahme von Kita-Plätzen und damit auch Anstieg der Anzahl von Ermäßigungen (+1,5 Mio. €).

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass im Haushaltsjahr 2009 eine wesentliche Verbesserung der Planungsqualität und Umsetzungsdisziplin erreicht werden konnte. Die Budgetverantwortlichen haben durch angemessenes Handeln und Prioritätensetzung wesentlichen Anteil am positiven Gesamtergebnis. Die wesentlichen Zielstellungen der Stadtvertretung wurden dabei besonders berücksichtigt. Dieser Erfolg soll 2010 bei deutlich schwierigeren Rahmenbedingungen fortgesetzt werden.

gez. Dieter Niesen



# Pressemitteilung

2. März 2010

## Vorläufiger Jahresabschluss der Landeshauptstadt

### Ziel erreicht: Defizit um knapp 5 Mio. Euro verringert

Das Ziel für den vorläufigen Jahresabschluss 2009 der Landeshauptstadt Schwerin wurde erreicht, die Rahmenbedingungen werden aber schwieriger – so ist das finanzielle Gesamtergebnis der Stadt zu bewerten. „Das ursprünglich geplante Defizit wird um voraussichtlich rund 4,8 Mio. Euro geringer ausfallen“, erklärte Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow.

„Wir haben im vergangenen Jahr gespart, wo wir konnten. Das kann aber nicht hinwegtäuschen, dass wir ein jahresbezogenes Minus von 17,4 Mio. Euro (2008: 22,2 Mio. Euro) ausweisen müssen. Insgesamt hat die Landeshauptstadt 2009 rund 292 Mio. Euro ausgegeben und nur 217 Mio. Euro eingenommen (Defizit 75 Mio. Euro). Das über die Jahre aufgebaute Defizit beträgt insgesamt 108 Mio. Euro“, rechnet Finanzdezernent Niesen vor und macht gleichzeitig damit deutlich, dass auch in den kommenden Jahren weiter auf der Ausgabenseite gespart werden muss.

Das vergangene Jahr war mit einer Reihe von Sonderfaktoren verbunden. Das Innenministerium hatte Anfang August den städtischen Haushalt teilweise beanstandet und die Stadt aufgefordert, das jahresbezogene Defizit auf 15 Mio. Euro zu begrenzen. Zudem deuteten sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bei den Gewerbesteuern erhebliche Einnahmeausfälle in Höhe von 5 Mio. Euro an. Niesen: „Solche Einnahmeausfälle kann man im laufenden Haushaltsjahr schwer auffangen.“ Vor diesem Hintergrund erließ die Oberbürgermeisterin eine haushaltswirtschaftliche Sperre über alle Ausgaben. Die Sperre brachte Einsparungen von 2,1 Mio. Euro. Aus dem Haushaltssicherungskonzept war eine weitere Vorgabe von 900.000 Euro zu erbringen.

Die Landeshauptstadt ist bei den Einnahmen insgesamt um rund 2,6 Mio. Euro hinter den Planungen zurückgeblieben. Bei den Ausgaben wurden 7,3 Mio. Euro nicht in Anspruch genommen. Dies ist auf die lange Zeit der vorläufigen Haushaltsführung, die Sperre und die

günstige Zinsentwicklung zurückzuführen. Für die Stadtverwaltung hieß das, nur Ausgaben für Pflichtaufgaben wie Sozial- und Jugendhilfe, für bestehende Verträge oder zur Sicherung der laufenden Aufgabenerfüllung zu tätigen.

„Zudem haben wir durch unser Schuldenmanagement und die derzeit insgesamt niedrigen Zinssätze 5,3 Mio. Euro weniger benötigt“, erklärt Niesen.

Bei den Personalkosten sind 0,7 Mio. Euro weniger ausgegeben worden. Das resultiert vorrangig aus dem Nichtbesetzen frei werdender Stellen, Langzeiterkrankungen und Personalabgänge. Darüber hinaus ist die Anpassung der Besoldung für Beamte geringer ausgefallen, die Ausgaben für die Heilfürsorge sank gegenüber dem Vorjahr und die Krankenversicherungsbeiträge wurden ab Juli um 3 Prozent abgesenkt.

Mehrausgaben gab es bei der Jugendhilfe mit 1,7 Mio. Euro und bei der Kinderbetreuung um 1,5 Mio. Euro, da eine größere Zahl Schweriner Mädchen und Jungen in den Kitas und Horten betreut wurden und die Fälle der Ermäßigungen für Betreuungsentgelte stieg.

„Festzustellen bleibt, dass sich im Haushaltsjahr 2009 sowohl die Planungsqualität als auch die Ausgabedisziplin verbessert haben. Die Rahmenbedingungen werden in den nächsten Jahren aber schwieriger. Schon gegenüber dem Jahresabschluss 2008 ist jahresbezogen ein rund 3,5 Mio. Euro höheres Defizit festzustellen. Ein weiterer Anstieg musste für das Jahr 2010 geplant werden. Ganz allein, ohne Unterstützung des Landes, werden wir es aber nicht schaffen. Es ist vorauszusehen, dass vor allem im sozialen Bereich die Ausgaben weiter ansteigen“, blickt Finanzdezernent Niesen voraus.